



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

OD/X/7 - 29. 4. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 690

Q S T - D I E N S T

Hinweise auf den
Inhalt

Neues Offizierstreffen in Pankow	Seite 1
Filmbüro als Agentenzentrale	Seite 4
Proletarische Großmutter nicht mehr gefragt	Seite 5
Stimmen aus der Sowjetzone	Seite 8

Paulus' Plansoll-Defizit

OD. Generalfeldmarschall a. D. Friedrich PAULUS fand in seiner Dresdener SED-Staatsvilla keine nächtliche Ruhe mehr, seitdem ihm das Mißgeschick widerfahren war, daß er mit der von ihm dirigierte ersten "gesamtdeutschen Offizierstagung" in Ostberlin am 29. und 30. Januar eine regelrechte Pleite erlitt. Vielleicht war es aber nicht nur der Ehrgeiz dieses Feldmarschalls a. D., sondern auch ein Wink von höherer SED-Warte, daß jetzt eine solche Offizierstagung wiederholt wurde.

Es war am 16. und 17. April, als sich wiederum unter dem Präsidentenstuhl des Herrn PAULUS ehemalige Offiziere aus der Zone und der Bundesrepublik im Ostberliner Regierungshotel "Johannishof" versammelten. Immerhin, diesmal ging die Sache höchst geheim vonstatten. Nicht einmal die Zeitungen der Nationaldemokratischen Partei, jener äußerst aktiven Satellitenpartei der SED, durften ein Sterbenswörtchen über die neue Tagung hinter den verschlossenen Türen des Regierungshotels nahe dem Bahnhof Friedrichstraße veröffentlichen. Sicherlich war es auch besser so, denn auch die zweite "gesamtdeutsche Offizierskonferenz" wurde für Herrn Paulus und die übrigen Initiatoren ein Reinfall. Waren bei der ersten Tagung von den 87 eingeladenen

SPD-Pressedienst
OB/X/7

29. 4. 1955

Offizieren a. D. wenigstens rund 50 erschienen, diesmal waren es nur 20, obwohl man schon vorsichtshalber mit nicht mehr als etwa 35 gerechnet hatte. Aber auch die Zahl der westdeutschen Teilnehmer war sichtlich gesunken. Am 29./30. Januar waren es 34 in Westdeutschland wohnhafte Offiziere a. D., die sich auf den mit politischem Glatteis bedeckten Weg in die Hauptstadt von Ulrichs "Arbeiter- und Bauernstaat" aufgemacht hatten; diesmal beschränkte sich die Schar der wenig Verblendeter auf sage und schreibe 12 Mann. Ob das ein Zeichen der besseren Einsicht ist? Vielleicht ist es auch nur die Angst vor der eigenen Zivilcourage. Schließlich mußte man ja mit dem Verlust der vom westdeutschen Staat reichlich hoch dotierten Pension rechnen, wenn die Sache ans Tageslicht käme!

Wie dem auch sei, die Runde am Tisch des Marschalls a. D. Paulus war jedenfalls sehr klein. Selbst alle Geheimhaltungsmaßnahmen hatten diejenigen, die vielleicht doch recht gern aus Westdeutschland gekommen wären, nicht nach Ostberlin herüberzulocken vermocht. Zum Teil waren es die alten Gesichter, die in dem erlauchten Kreis des Herrn Friedrich Paulus auftauchten. Der geschäftige Hauptmann a. D. Böttcher aus Dresden, seines Zeichens Bezirksvorsitzender des Friedensrates in der ehemaligen sächsischen Hauptstadt, war ebenso wieder zugegen wie der General a. D. Kunze, der zusammen mit Paulus aus der Kriegsgefangenschaft nach der Zone zurückgekehrt war.

Allein, mit den westdeutschen Teilnehmern hatte man noch mehr Pech als auf der ersten Tagung im Januar. Einige von ihnen brachen kurzweg ihre Gastrolle in Ostberlin ab und verließen die Zone mit dem nächsten Zuge, nicht ohne vorher ihrer Unzufriedenheit mit dieser Geheimkonferenz Ausdruck gegeben zu haben. Selbst das erstmalig im Offizierskreis vertretene Kommando des Staatsicherheitsdienstes war nicht in der Lage, diese westdeutschen Teilnehmer von ihrem, das patriotische Gefühl des Herrn Paulus verletzenden Schritt abzuhalten.

SPD-Pressedienst
OD/X/7

29. 4. 1955

Wozu hatte Herr Paulus eigentlich das SSD-Kommando bestellt? Vielleicht ist ihm zu Ohren gekommen, daß bei der ersten "Offizieratagung" im Januar nach dem Abschluß der offiziellen Besprechungen ein nicht kleiner Kreis vor allem sowjetzonaler Teilnehmer inoffiziell die Diskussion weiterführte, wobei schwerste Vorwürfe gegen die Haltung des Herrn Paulus erhoben wurden. Sollte sich der Marschall a. D. durch Bemühen des SSD-Schutzes diesmal vor noch drastischeren Reaktionen sichern?

Nun, die Bezühungen des Herrn Paulus, die "patriotische Basis" des SED-Regimes durch die Sammlung ehemaliger Offiziere zu verbreitern, haben kläglich Schiffbruch erlitten. Herr Paulus hat sein Flansoll nicht erfüllt, was ihm vor allem der SED-Chef Ulbricht schwer ankreiden wird, der sowieso nicht gerade gut auf diesen Marschall a. D. zu sprechen ist, wenn dieser sich auch noch zurzeit als Privilegierter in der Detonation eines Staatssekretärs im SED-Reich sonnen kann.

+ + +

Pressezensur im Zeichen der Militarisierung

OD. Berlin Das Presseamt der Sowjetzonenregierung hat in einer streng vertraulichen Anweisung an Chefredakteure und Pressefunktionäre angeordnet, daß keine Zeitung und kein Rundfunksender der Zone Nachrichten über Maßnahmen bringen darf, die in Durchführung der Moskauer Beschlüsse über die Bildung einer gemeinsamen Ostverteidigung getroffen werden. Das Presseamt teilt weiter mit, daß im Bedarfsfälle Artikel und Nachrichten über diese Maßnahmen von einem Ausschuß innerhalb des Presseamtes angefertigt würden, dem u. a. Vertreter der KVP-Führung angehören. Den Redaktionen wird es zur Pflicht gemacht, nur diese Publikationen zu verwenden. Änderungen in diesen Artikeln werden durch die Anweisung unter scharfe Strafen gestellt, selbst Druckfehler würden als "Verstoß gegen die Arbeitsdisziplin und die Wachsamkeit" geahndet. In sowjetzonalen Pressekreisen wird diese Verfügung als die Einführung einer Art Militärzensur gewertet.

29. 4. 1955

DEFA im Kalten Krieg

OD. "Unter den Linden" im Berliner Ostsektor hat die sowjetzonale Staatsfilmgesellschaft DEFA ein Außenbüro. An sich wäre das nichts besonderes, wenn der Leiter dieser Stelle nicht ein Herr Walter wäre, der früher, als er noch in den Babelsberger Studios arbeitete, Martin Berger geheißen hat, wobei es ein offenes Geheimnis war, daß auch dieser Name falsch war. Die DEFA-Außenstelle "Unter den Linden" wird auch dadurch nicht sympathischer, daß ein häufiger Gast in ihren Räumen der Herr Kuhnert ist, dem im Staatssekretariat für Staatssicherheit die "Betreuung" der DEFA obliegt. Die übrigen Besucher, die das DEFA-Büro in Ostberlins Parodestraße hat, sind Leute, deren man ihre westliche Herkunft auch auf große Entfernung müheless ansieht.

Die Eingeweihten nennen die DEFA-Außenstelle ganz einfach "Westbüro". Die Lieferanten, die ihr Filmmaterial hier anliefern (wobei sie sich meist bestimmter Kuriere bedienen, um selbst im Hintergrund zu bleiben), wohnen in Westberlin oder der Bundesrepublik, sind meist bei westlichen (nicht nur deutschen!) Filmgesellschaften beschäftigt und laufen unter Decknamen (z. B. Pitt oder Ottensberger). Im Westen, wo sie gedeckt durch ihr Anstellungsverhältnis bei ehrenwerten Gesellschaften und besonders Wochenschauen alle Freiheiten genießen, filmen sie eifrig alles, was das "Westbüro" der DEFA interessieren könnte. Für die Hetze gegen westliche Politiker läßt man besonders ungünstige Aspekte aus Versammlungen oder von sonstigen Ereignissen "dokumentarisch" festhalten. Viele Fotos, die in antiwestlichen Hetzschriften erscheinen, sind solchen Filmstreifen entnommen. Das, was aber im "Westbüro" besonders interessiert, wird auch der Betrachter des "Augenzeugen" oder sonstiger östlicher Wochenschauen vergeblich suchen. Denn die Streifen, die SSD-Kuhnert, angeleitet von seinem sowjetischen Freund OPRKOW, für die östlichen Wochenschauen freigibt, werden nach einem schlechteren Tarif bezahlt, als etwa solche Streifen, die in den Archiven des SSD "ausgeschlachtet" werden, wie es so schön heißt. Pro Negativ-Meter "interner" Aufnahmen weist SSD-Kuhnert nämlich 10 bis 20,- M/West an, wobei ihm Aufnahmen von Manövern westlicher Truppen in der Bundesrepublik, militärischer Anlagen der Besatzungstruppen oder auch "interessanter Persönlichkeiten" am meisten am Herzen liegen.

SPD-Pressedienst
OD/X/7

29. 4. 1955

Aber auch gegen die "Klassenfeinde" innerhalb der sogenannten DDR hat das "Westbüro" manchen Schlag führen geholt. Die SED-Auswertung bekam den meisten Stoff, als am 17. Juni 1953 über das "Westbüro" einige hundert Meter Film eingekauft werden konnten, die westliche Kameraleute von Demonstranten aufnahmen, die sich an der Sektorengrenze oder bei ihrem zeitweisen Aufenthalt auf Berliner Boden bequem auf Zeeluloid bannen ließen.

Die "gesamtdeutsche Arbeit" der sowjetzonalen Staatsfilmgesellschaft, aus der Perspektive des "Westbüros" aus gesehen, stellt sich also als Spitzelei und platte Spionage heraus. Das sollte den Aspiranten der Reproduktion zu denken geben!

+ + +

"Die Kader entscheiden alles!"

OD. "... erwarten wir Ihre Vorstellung zwischen 9 und 11 Uhr bei der Kaderabteilung ..." So oder ähnlich lautet die Standardantwort auf Bewerbungsschreiben an eine der Zonenverwaltungen, an VEBs, Hochschulen und selbst an Kulturinstitute. Im Grad der Bolschewisierung mögen diese Unternehmen unterschiedlich sein, eines aber haben sie gemeinsam, sie haben eine Kaderabteilung, um die sich alles dreht.

Unter allen Einrichtungen, die den Wandel der Verhältnisse in der Sowjetzone kennzeichnen, ist die Kaderabteilung die beklemmendste. Aus dem Personalbüro, das nach sachlichen Gesichtspunkten die personellen Angelegenheiten einer Verwaltung oder eines Betriebes zu erledigen hat, ist die politische Kaderabteilung geworden. "Kaderpolitik" heißt das Schlagwort, mit dem in der Zone seit 1945 mit periodischer Intensität eine systematische Durchdringung aller Gebiete des öffentlichen Lebens, durch die SED betrieben wird. Die Arbeit erfolgt nach den Richtlinien des ZK, die von den Kaderleitern als Verschlusssache zu behandeln sind. Die systematische Kaderauslese im Sinne leninistisch-stalinistischer

SPD-Pressedienst
OD/X/7

29. 4. 1955

Grundsätze erfolgt jetzt nicht mehr allein - wie es früher üblich war - in der unmittelbaren Parteiarbeit, sondern auch direkt in allen Verwaltungen des Staates und in der Wirtschaft.

Die Rangordnung in der Beurteilung der politischen Zuverlässigkeit ist bezeichnend für den Wandel, der sich in den Jahren seit 1945 vollzogen hat. Die Frage nach der sozialen Herkunft, nach der einst vorrangigen proletarischen Großmutter also, steht heute an unterster Stelle. Viel mehr Wert wird auf die heutige "soziale Stellung", d. h. auf die politische Einstellung des Bewerbers gelegt. Ist der Bewerber vor 1933 Mitglied der KP gewesen und nach 1945 wieder der KP beigetreten, so gilt er als "parteiverbunden und klassenbewußt". War er etwa Sozialdemokrat oder Angehöriger einer anderen demokratischen Partei, wird seine Verwendung von der heutigen Einstellung gegenüber der SED-Politik abhängig gemacht. Mitglieder nichtkommunistischer Parteien werden dabei überhaupt nur dann eingestellt, wenn kein gleichwertiger "parteiverbundener" Ersatz vorhanden ist. Von einer Verwendung solcher "Indifferenter" muß selbst dann abgesehen werden, wenn die sächliche Notwendigkeit gegeben ist, damit aber etwa die Gefahr einer "Konzentration nichtkommunistischer Kräfte" heraufbeschworen würde. Alle Bewerber, die länger als 6 Monate in westlicher Gefangenschaft waren, gelten als nicht vertrauenswürdig und müssen ihren "Leumund" durch einen "aktiven Einsatz für die bestehende Gesellschaftsordnung" wiederhergestellt haben.

Die Kaderarbeit beginnt bei der Besetzung freier Planstellen und steigert sich bis zur Besetzung sogenannter Nomenklaturstellen, d. h. der Schlüsselpositionen. Hier sind Einstellung, Entlassung, Versetzung usw. nur mit Wissen und Zustimmung des ZK und seiner Kaderabteilung zulässig, wobei diese Parteistellen direkte Weisungsbefugnis haben. Nur die Kaderstellen der Partei und des SSD haben neben den Kaderstellen der betreffenden Betriebe das Recht, Einblick in die Kaderunterlagen zu nehmen und zu geben. Jede dieser Unterlagen wandert mit jedem Beschäftigten von Kaderabteilung zu Kaderabteilung seiner jeweiligen Arbeitsstelle. Ihre Kenntnis wird zur Voraussetzung einer Beschäftigung überhaupt. So verlangt es das streng gehütete Prinzip der Wachsamkeit. Es gilt für Einstellung, Beförderung wie überhaupt

SPE-Pressedienst
OD/X/7

29. 4. 1955

für jede personelle Entscheidung. Fleiß, Tüchtigkeit, Dignität existieren nicht, wenn sie nicht in den Bahnen der kommunistischen Kadervorschriften verlaufen.

Diese strenge Reglementierung und Kontrolle haben der SED aber keinesfalls die gewünschten Erfolge beschert. Alle Schulungen, Säuberungen und selbst die Haftbarmachung der Dienststellenleiter für die "Mängel der Kadernpolitik" haben nicht verhindern können, daß die Fluktuation in den Verwaltungen, vor allen aber auch in den Schlüsselstellungen unerträglich geworden ist. Auch die "persönlichen Gespräche", d. h. der unmittelbare Druck der Kaderleiter auf jeden Angestellten zur Durchsetzung unliebsamer kommunistischer Weisungen, haben die Zersetzung der Kader nicht aufhalten können. Der Widerspruch zwischen gedrückter Parteitheorie und desillusionierender Wirklichkeit wirkt nirgends so stark wie hier.

Das ZK der SED hat diese Misere selbst mit der Weisung zugegeben, sofort und vorrangig sogenannte "Kaderpläne" aufzustellen. Jeder Dienststellenleiter wird darin verpflichtet, für eine "Kaderrreserve" zu sorgen, die er sich aus dem Betrieb heranzubilden hat. Auf Jahre hinaus soll ihre Ausbildung "eingeplant" und ihr Hineinwachsen in verantwortliche Funktionen geleitet werden. Mit der absoluten Politisierung der Verwaltungen durch fanatisierte junge Kader allein glauben Ulbricht und das ZK die Rückschwenkung zum "alten Kurs" und seine Durchsetzung erzwingen zu können.

"Die Kader entscheiden alles!" - heißt der Glaubenssatz aus Stalins Munde. Der Zusammenbruch des SED-Regimes am 17. Juni 1953, als sich die Kader weigerten, ihre Haut für die SED zu Markte zu tragen, hat bewiesen, daß das Wort Stalins auch ins Auge gehen kann.

+ + +

SPD-Pressedienst
OD/X/7

29. 4. 1955

Stimmen aus der Sowjetzone

In zahlreichen Berichten aus der SBZ zeigt sich das wachsende Verständnis, das die Zonenbevölkerung der SPD-Politik entgegenbringt:

Walle

"...In bürgerlichen Kreisen, unter Geschäftsleuten und Handwerkern, ist eine starke Ernüchterung über die Adenauer-Politik eingetreten. Man sagt jetzt immer wieder, der Kanzler scheine vergessen zu haben, daß es in der Zone auch noch eine deutsche Bevölkerung gibt. Die jüngsten Ereignisse haben der SPD auch in diesen Kreisen neue Anhänger gebracht ..."

Senftenberger Kohlenrevier

"... Es gibt viele Arbeiter, die auf die Wiedervereinigungspolitik der SPD ihre ganze Hoffnung setzen. Die Worte der SPD und des DGB werden von ihnen mit Zustimmung aufgenommen. Häufig äußern sich auch Stimmen, die die Gegensätze zwischen CDU und SPD bedauern und meinen, die beiden großen Parteien müßten unbedingt zu einer gemeinsamen Haltung in den Fragen der deutschen Wiedervereinigung kommen ..."

Delitzsch

"... Die Verschlechterung der Versorgung ist nicht ohne Einfluß auf die Stimmung der Bevölkerung geblieben. Trotz des ausgeübten Terrors werden offene Mißfallensäußerungen immer lauter ..."

Armenhof

"... Die Stimmung der Arbeiter nähert sich wieder der vor dem 17. Juni 1953. Die mangelhafte Versorgung und die Betrugsmanöver der SED haben die Lage verschärft. Wir haben den Eindruck, als ob jeder unbedachte Schritt der SED das gespannte Seil zum Reißen bringen kann ..."

Zonenarbeiter für die SPD

In verschiedenen Werken der Zone sind die Arbeiter dazu übergegangen, wieder durch Anbringen antikommunistischer Losungen ihren Widerstandswillen zu bekunden. In letzter Zeit tauchten in den Werken Regis, Lippendorf, Deutzen und Borna - vor allem an Kohlenwagen des Tagebaus - Aufschriften auf, deren Inhalt das SED-Regime verurteilt und sich für die Politik der SPD einsetzt. Einige der meistverbreiteten Losungen waren:

"Fort mit der SED - Freiheit mit der SPD"

"Hunger bringt die SED - Brot und Wohlstand die SPD."

+ + +

Verantwortlich: Stefan THOMAS